

Information nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die DSGVO verpflichtet mich, Sie bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten wie folgt zu informieren:

Zweck der Datenverarbeitung

Um Ihren Antrag auf Unterhaltsvorschuss bearbeiten zu können, werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet.

Wenn personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies, dass die Daten insbesondere erhoben, verwendet, übermittelt oder gelöscht werden.

Im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflicht ist es notwendig, dass Sie Ihre personenbezogenen Daten angeben und mit der Verarbeitung einverstanden sind, da ansonsten keine Bearbeitung Ihres Antrags erfolgen kann.

Verantwortlicher

Stadt Troisdorf, Der Bürgermeister, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/9000, Telefax 02241/900 8030, E-Mail rathaus@troisdorf.de

Zuständige Fachabteilung: Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendamt -

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Stadt Troisdorf, Datenschutzbeauftragter, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/900 331, Fax. 02241/900 8331, E-Mail datenschutz@troisdorf.de

Rechtsgrundlage

Grundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder –ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz – UhVorschG).

Kategorie der Daten

Es werden nur solche Daten verarbeitet, die für die ordnungsgemäße Durchführung der Aufgabe erforderlich sind.

Folgende Daten der betroffenen Personen werden verarbeitet:

- Name, Vorname, Geburtsname
- Geburtsdatum
- Geschlecht
- Anschrift
- Kontaktdaten wie E-Mail-Adresse und Telefonnummer
- Staatsangehörigkeit
- ggf. Art und Dauer des Aufenthaltstitels
- Name, Anschrift und Kontaktdaten eines Bevollmächtigten
- Finanzielle- und Vermögenssituation (z.B. sämtliche Einkünfte, Angaben zu Abzügen für Steuern, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge)

Kategorie der betroffenen Personen

Antragsteller*innen, Kinder, Bevollmächtigte

Form der Verarbeitung

In der Fachabteilung des Jugendamtes werden die personenbezogenen Daten in einem elektronischen Fachverfahren verarbeitet und zusätzlich in einer Papierakte dokumentiert.

Die Stadt Troisdorf setzt bei der Datenverarbeitung technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbeabsichtigte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen. Die Sicherheitsstandards entsprechen dabei den aktuellen technologischen Entwicklungen.

Für die Datenverarbeitung werden IT-Verfahren genutzt, die im Auftrag der Stadt Troisdorf zweck- und weisungsgebunden durch einen Dienstleister mit Sitz in der EU oder dem EWR betrieben werden. Der Dienstleister ist dabei verpflichtet, die Vorgaben der DSGVO erfüllen.

Im Rahmen der Verarbeitung werden keine automatisierten Entscheidungen getroffen.

Datenübermittlung/Empfänger

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich Dritten nicht offengelegt, es sei denn, hierfür besteht eine gesetzliche Verpflichtung oder Sie haben in eine Datenweitergabe eingewilligt.

Im vorliegenden Fall werden die personenbezogenen Daten z.B. an die Krankenkassen oder den Rentenversicherungsträger übermittelt.

Speicherdauer

Personenbezogene Daten werden gelöscht, sobald der Zweck der Verarbeitung nicht mehr vorliegt.

Bei dem verwendeten Online-Dienst werden Ihre personenbezogenen Daten nach Einreichung Ihres Antrags gelöscht.

Die Aufbewahrungsfrist der Unterlagen beträgt nach Beendigung der Bearbeitung 6 Jahre.

Betroffenenrechte

Auf Ihre Rechte zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller verarbeiteten personenbezogenen Daten weise ich Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin (Art. 12 bis 21 DSGVO).

Auf folgende Rechte möchte ich Sie besonders hinweisen:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Sie können Auskunft über Ihre von der Stadt Troisdorf verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren,

um das Zusammenstellen der Daten zu erleichtern. Benennen Sie wenn möglich das konkrete Verwaltungsverfahren.

- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sollten Ihre Angaben nicht mehr zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung der Angaben verlangen. Der Anspruch besteht auch dann, wenn die Angaben unvollständig sind und ergänzt werden sollen.

- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

Wenn Angaben zur Bearbeitung Ihres Antrags nicht mehr benötigt werden, können Sie die Löschung verlangen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Soweit an der Verarbeitung der Daten kein wichtiges Interesse mehr besteht, können sie die Einschränkung der Verarbeitung verlangen.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, sich der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt.

Aufsichtsbehörde für Nordrhein-Westfalen: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/384240, Fax 0211/38424999, E-Mail: poststelle@ldi-nrw.de.